



Sie befinden sich hier: [Startseite](#) > „**Ampel in Berlin bremst Klimaschutz und Wald aus**“ – Forstministerin Michaela Kaniber kritisiert geplantes Gebäudeenergiegesetz der Bundesregierung

„Ampel in Berlin bremst Klimaschutz und Wald aus“ – Forstministerin Michaela Kaniber kritisiert geplantes Gebäudeenergiegesetz der Bundesregierung

20. April 2023

(20. April 2023) München – Immer neue Blüten treibt nach Aussage von Bayerns Forstministerin Michaela Kaniber die eigentumsfeindliche Verbotspolitik der Berliner Ampelregierung: „Mit dem jetzt beschlossenen Gebäudeenergiegesetz bremst der Bund den Klimaschutz aus und behindert auch noch den im Klimawandel so notwendigen Umbau der deutschen Wälder“, sagte Kaniber in München. Es sei völlig abwegig, in Neubauten künftig den Einsatz selbst modernster Holzheizungssysteme mit hervorragender Feinstaubbilanz zu verbieten. „Wer den klimafreundlichen Öko-Rohstoff Holz ausbremst, der direkt vor unserer Haustür wächst, befindet sich in Sachen Energiesicherheit und Klimaschutz auf einem absoluten Holzweg“, so die Ministerin.

Es gehe nicht um wertvolles Bauholz, mit dem geheizt werden soll, sondern um Holz aus der Waldpflege oder um Schadhölzer, die für andere Zwecke kaum verwertbar sind. Kaniber: „Wenn dieses Holz nicht energetisch genutzt wird, verrottet es im Wald und setzt so genau die gleiche Menge CO₂ frei. Die Wärme muss aber dann woanders herkommen. Das ist völlig widersinnig. Jeder Kubikmeter Holz ersetzt 150 Liter Heizöl.“ Mit seiner Entscheidung verbaue der Bund nicht nur sinnvolle Absatzwege, sondern nehme den Waldbesitzerinnen und Waldbesitzern auch wichtige Anreize, sich für die Pflege und den Aufbau klimafester Wälder zu engagieren.

Sie sei in großer Sorge, weil beim Rohstoff Holz immer wieder Verunsicherung verbreitet werde. Nicht nur in der Branche, die um ihre Existenz bangt, sondern unter den Hausbesitzer, die jetzt alle überlegen müssen, auf welche Heizquelle sie künftig setzen. „Kaum haben wir bei der Erneuerbare-Energie-Richtlinie das Schlimmste auf EU-Ebene abgewehrt, denkt sich die Bundesregierung neue Hürden und Verbote aus“, so die Ministerin.

[Pressemitteilung auf der Seite des Herausgebers](#)

[Inhalt](#)

[Datenschutz](#)

[Impressum](#)

[Barrierefreiheit](#)

